

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

14. Jahrgang 1966

3. Heft/Juli

MARTIN BROSZAT

FASCHISMUS UND KOLLABORATION IN OSTMITTELEUROPA ZWISCHEN DEN WELTKRIEGEN

Vorbemerkung

Langjähriger Gebrauch eines pauschalen Faschismus-Begriffs im Rahmen anti-faschistischer, oft kommunistisch geprägter Propaganda hat diesen Begriff nach 1945 für die historische und politikwissenschaftliche Kategorienbildung zunächst stark entwertet. Zumal nach der handgreiflichen Erfahrung mit Hitler-Deutschland wandten sich zeitgeschichtliche Publizistik, Dokumentation und Forschung vor allem dem deutschen Nationalsozialismus zu, suchten seine Ursachen und seine vielfach verborgen gehaltene und propagandistisch verschleierte Wirklichkeit aufzuspüren. Zu solcher nationalgeschichtlichen Begrenzung des Blicks auf die deutschen Verhältnisse trug sicherlich erheblich bei, daß aufgrund der alliierten Beschlagnahme deutsches Aktenmaterial nationalsozialistischer Provenienz in reichem Maße verfügbar wurde, während der Forschung kein auch nur annähernd so reichhaltiges Quellenmaterial anderer Länder aus gleicher Zeit zur Verfügung stand.

Einer allgemeinen Betrachtung des Faschismus-Problems stand wohl auch der – nicht unbeeinflusst vom Zeitgeist der 50er Jahre – in der Politikwissenschaft und Historie stark aufgekommene Totalitarismusbegriff im Wege, von dem her (so bei Hannah Arendt, Carl J. Friedrich, Hans Buchheim) die strukturelle Affinität und Gemeinsamkeit von deutschem Nationalsozialismus und sowjetrussischem Kommunismus stärker ins Blickfeld gerückt wurde als die Verwandtschaft verschiedener faschistischer Bewegungen und Herrschaftssysteme. So unentbehrlich der Totalitarismusbegriff für die Zeitgeschichte in mancher Hinsicht geworden ist, so offenbarte sich doch auch – etwa angesichts der Wandlungen im nach-stalinistischen Kommunismus – Problematik und Nachteil solcher kategorialen Abstraktion, während gleichzeitig verschiedene Zeitereignisse auf die Virulenz faschistischer oder halbfaschistischer Tendenzen auch in unseren Tagen (von Poujade bis zur OAS, von McCarthy bis zur John Birch Society) hindeuteten.

Wohl angeregt davon und in der Gegenwendung gegen die isolierte Betrachtung des Nationalsozialismus wie gegen allzu scholastische Totalitarismus-Begriffs-Deduktionen hat sich unverkennbar seit einigen Jahren verstärktes Interesse für die Faschismus-Problematik in ihrer Gesamtheit, für den Faschismus als Epochenphänomen (Ernst Nolte), für vergleichende Faschismus-Betrachtungen¹ und monogra-

¹ Hierzu außer Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963, neuerdings Eugen Weber, *Varieties of fascism, Doctrines of Revolution in the 20th Century*, Princeton

phische Darstellungen verschiedener faschistischer Bewegungen und ihre jeweiligen Strukturen und Bedingungen ergeben. Neuere Veröffentlichungen über die Action Française (Eugen Weber, E. R. Tannenbaum), die spanische Falange (Stanley G. Payne, Bernd Nellessen), die seit dem Ende der 50er Jahre anwachsende Zahl italienischer Publikationen über den Mussolini-Faschismus (P. Cavocci, M. Armatoli, C. Casucci, G. Garadonna) und andere Abhandlungen selbst über unbedeutende faschistische Bewegungen in einzelnen europäischen Ländern (z. B. Colin Gross: *The Fascism in Britain*) lassen diesen neuen Akzent der Zeitgeschichtsforschung erkennen².

Dabei ist nicht zu verkennen, daß es an einer übereinstimmenden Deutung des Faschismusbegriffs durchaus noch fehlt. Wohl aber ist, befruchtet gerade auch durch gegensätzliche Thesen, ein neuer Prozeß der Forschung, Analyse und gedanklichen Erörterung in Gang gekommen.

Für eine typologische Betrachtung des Faschismus zwischen den beiden Weltkriegen bietet sich Ostmitteleuropa als ein besonderes Beobachtungsfeld an. Nicht nur wegen der regionalen Zusammengehörigkeit, mehr noch deswegen, weil die ostmitteleuropäischen Staaten und Nationen weitgehend vergleichbare politische und soziale Verfassungen aufwiesen und mit einer Reihe von inneren und äußeren Problemen und Krisen zu tun hatten, die in anderen Ländern Europas nicht die gleiche Eigentümlichkeit oder Bedeutung erlangten.

Die Anwendbarkeit des Faschismus-Begriffs auf Staaten und Nationen, in denen es keine breite, in ihrer wirtschaftlich-sozialen Entwicklung zur Massengesellschaft fortgeschrittene bürgerlich-industrielle Gesellschaft gab, mag freilich von vornherein – und gerade angesichts des nationalsozialistischen Modells – problematisch erscheinen. Eugen Weber, hat demgegenüber jüngst in einer Untersuchung über die rumänische Eisernen Garde, die in vieler Hinsicht wohl als die am ausgeprägtesten faschistische Bewegung Ostmitteleuropas anzusprechen ist, die These vertreten: gerade dieses Beispiel zeige, daß bestimmte soziologische Gegebenheiten (so die Existenz eines breiten Kleinbürgertums und Mittelstandes) für das Entstehen terroristischer und utopischer nationaler und sozialer Erneuerungs- und Kampfbewegungen faschistischen Typs keineswegs unabdingbare Voraussetzung seien, vielmehr entsprechende ideologische, psychologische und politische Prädispositionen auch aus andersgearteten sozialen Verhältnissen hervorgehen können³.

1965, sowie das im Januar 1966 erschienene erste Heft der neuen Zeitschrift „*Journal of Contemporary History*“ (London), dessen Beiträge ausschließlich dem „*International Fascism 1920–1945*“ gewidmet sind.

² Auch die Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte hat sich bewußt mit mehreren der vorliegenden Hefte dieses Themenkreises angenommen: C. F. Latour, *Südtirol und die Achse Berlin–Rom* (1962), L. Hory/M. Broszat, *Der kroatische Ustascha-Staat* (1964), Th. Pirker, *Komintern und Faschismus* (1965), B. Nellessen, *José Antonio Primo de Rivera* (1965).

³ Eugen Weber, *The Men of the Archangel*, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 1 (1966), insbes. S. 120f.

Das Definitionsproblem wird aber u. E. in Ostmitteleuropa besonders dadurch erschwert, daß zwischen autochthonem Faschismus und der opportunistischen Adaption faschistischer Vorbilder (vor allem Italiens und Deutschlands) im Einzelfall kaum exakt zu unterscheiden ist. Manche als faschistisch oder pseudo-faschistisch zu bezeichnenden Bewegungen, so in Litauen oder den baltischen Staaten, traten erst zu einer Zeit hervor, als in Deutschland der Nationalsozialismus die Macht übernommen hatte und seine Ausstrahlungskraft bewies. In Kroatien entstand die separatistische Geheim- und Verschwörer-Organisation der Ustascha zwar unzweifelhaft auf eigenem Boden und eigener Tradition, erfuhr ihre faschistische Ausprägung und Stilisierung (in ideologischer, organisatorischer und politischer Hinsicht) aber in stärkstem Maße erst in der Zeit des Exils ihrer Führer im faschistischen Italien bzw. – nach 1941 – als ein von der deutsch-italienischen Besatzungsmacht ausgehaltenes und bevormundetes Kollaborations-Regime.

Die Tendenz zu faschistischem Radikalismus und Irrationalismus einerseits und die Kollaborationstendenz andererseits ergaben sich hier schon aus der Eigenart des kleinräumigen Nationalismus und seiner machtpolitischen Abhängigkeit, auch aus seiner – nach europäischen Vergleichsmaßstäben – späten Entwicklungsphase, die für Ostmitteleuropa noch weit charakteristischer war als für die „verspätete Nation“ der Deutschen. Bei einer Reihe der ostmitteleuropäischen Völker war schon allein die sprachlich-völkische Identität und Abgrenzbarkeit von ihren Nachbarn umstritten (so das Verhältnis von Kroaten und Serben, Slowaken und Tschechen, Bulgaren und Mazedoniern), war ein nationales Selbstverständnis oft nur bei einer Minderheit politisch ausgeprägt (so bei Ukrainern, Weißruthenen, Slowaken u. a.), noch weniger die staatliche Selbständigkeit erreicht oder machtpolitisch gesichert. Sofern – wie bei Mussolini und Hitler – in der Kluft zwischen den hochgespannten nationalen Ambitionen und Utopien einer Minderheit und der tatsächlich unbefriedigenden und enttäuschenden Lage der Nation und ihrer Stellung ein wesentliches Moment für die Entstehung faschistischer Kampf- und Trotzbewegungen lag, mußten solche Entladungen in Ostmitteleuropa besonders naheliegen. Nirgends waren auch irrationales und terroristisches Aufbegehren gegen wirkliche oder vermeintliche außenpolitische, wirtschaftlich-soziale und kulturelle Überfremdung – ein stereotypes Merkmal faschistischer „Erneuerungs“-programmatik – leichter zu wecken.

Indessen bedurften gerade die kleinen Nationen Ostmitteleuropas, wollten sie sich durchsetzen, der Unterstützung von außen. Je extremer die nationalen und revolutionären Zielsetzungen einzelner Gruppen waren, um so mehr neigten sie zu opportunistischer Taktik, um so hemmungsloser waren sie bereit, die sogenannte nationale Selbstverwirklichung gegen den jeweiligen nationalen Hauptfeind und Nachbar mit fremder Hilfe zu bewerkstelligen.

Aus der Natur des provinziellen, oft religiös durchfärbten Klein-Nationalismus, der vielfach schon auf lokaler Ebene zu permanentem Volkstumskampf führte und infolgedessen zur Ausbildung exklusiver „Volksgemeinschaften“, nicht selten auch zur Anwendung bestimmter radikaler Terror-, Feme- und Geheimbund-Prakti-

ken, ergaben sich vielfach Formen der politisch-nationalen Auseinandersetzung, die – so z. B. in Gestalt der kroatischen Ustascha, der mazedonischen IMRO, der Organisation Ukrainischer Nationalisten – der Methode faschistischer Kampfgruppen eng verwandt erscheinen mußten. Dies um so mehr, wenn sich bei ihnen die radikale Verfolgung nationaler oder separatistischer Ziele mit nationaler Mythologie und Utopie, mit bestimmten volksgemeinschaftlich-sozialen Erneuerungskonzeptionen und mit revolutionären Bestrebungen gegen die etablierte gesellschaftliche Herrschaft großagrarischer oder großbürgerlicher Kräfte des eigenen Volkes richtete.

Steckte nicht von vornherein, so liegt es nahe zu fragen, in dieser besonderen Dynamik des Nationalismus, die sich in der ostmitteleuropäischen Völkermischzone schon seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts bemerkbar machte und die eng verknüpft war mit Prozessen sozialer Emanzipation auf der einen und Verteidigung bisheriger sozialer Vormachtstellung auf der anderen Seite, ein gehöriges Maß zumindest virulenten Faschismus? Haben nicht der Antisemitismus, der fast überall in Ostmitteleuropa zum ideologischen Gepäck nationalen und sozialen Emanzipationsstrebens oder Verteidigungskampfes gehörte, ferner die Idee des biologischen und siedlungspolitischen Kampfes um Volkszahl, Volksboden und Rassereinheit, desgleichen die intensive nichtstaatliche Organisation der Volksgemeinschaft im Zuge eines alle Lebensbereiche umfassenden Volkstumskampfes ein Modell für jenen permanenten nationalen Aktivismus und für jene nationale Ideologienbildung geliefert, die vor allem den Nationalsozialismus, z. T. auch den italienischen Faschismus kennzeichneten? In einigen Fällen ist der Zusammenhang evident: Die junge Hitler-Partei in München übernahm 1920 den Namen „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ von der 1918 gegründeten mährisch-böhmischen deutschen Volkstumspartei gleichen Namens, der bald auch eine tschechische nationalsozialistische Partei gegenüberzutreten sollte. Antisemitismus, Los-von-Rom-Bewegung, antislawische Hybris blieben eine im wesentlichen „österreichische“, d. h. ostmitteleuropäische Erbschaft der Hitler-Bewegung. Aber auch die Freikorps, die als Organisationsform sowohl bei der Ausbildung der Kampforganisation des italienischen Faschismus wie des deutschen Nationalsozialismus eine wesentliche Rolle spielten, hatten sich in erster Linie in Grenz- und Volkstumskämpfen nach 1918 gebildet. Die Gefolgsleute D’Annunzios in dessen Fiume-Abenteuer von 1919 wurden für Mussolini ebenso wichtig wie Baltikum- und Oberschlesien-Kämpfer für Hitler. – Besonders bemerkenswert scheint uns in diesem Zusammenhang auch das Phänomen der sogenannten Erneuerungsbewegungen, die nahezu ausnahmslos schon vor 1933 und weitestgehend unabhängig vom Reiche oder von NSDAP-Missionaren innerhalb der deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa gegen die bisherigen Minderheitenführer und die von ihnen repräsentierte Honoratiorenschicht auftraten, bald das Heft in die Hand bekamen und nolens volens dann Instrumente der Gleichschaltung im Sinne einer vom Reiche und schließlich von der SS gesteuerten Volkstumspolitik wurden. Der Prozeß allmählicher Indienstnahme und Bevormundung ursprünglich eigenständiger nationalsozialistischer Erneuerungsbewegungen durch die überlegene Machtorganisation des Reiches, wesentlich bedingt durch die strukturelle,

kulturelle und moralische Abhängigkeit dieser Volksgruppen, läßt sich hier im einzelnen besonders gut verfolgen.

Im Rahmen eines Überblicks, der keine Detailanalyse leisten kann und will, sollen im Folgenden aus dem verwirrenden Geflecht von Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa nur einige allgemeine Entwicklungen herausgeschält und bestimmte Grund-Faktoren bezeichnet werden. Dabei wollen wir zunächst einige wesentliche innen- und außenpolitische Voraussetzungen für faschistische Bestrebungen und ihre Erscheinungsformen skizzieren, sodann, in einem zweiten Abschnitt, die Stadien der zunehmenden Einwirkung der faschistischen Vormächte, vor allem Hitler-Deutschlands, auf die ostmitteleuropäischen Staaten und die verschiedenen Formen der daraus resultierenden Kollaboration beschreiben.

1.

In außenpolitischer Hinsicht bestand in Ostmitteleuropa von vornherein eine gewisse, freilich von anderen Faktoren stark beeinträchtigte, Koinzidenz zwischen *Revisionismus* und *Faschismus*. Nicht, daß jeder Revisionismus tendenziell schon faschistisch gewesen sei, wohl aber in dem Sinne, daß in denjenigen Staaten und Nationen, die aufgrund der nationalstaatlichen Neuordnung Ostmitteleuropas nach dem Ersten Weltkrieg zu den Besiegten und Zukurzgekommenen gehörten, radikal-nationalistische und faschistische Umsturzbewegungen einen günstigeren Boden fanden als in den national saturierten Nachfolgestaaten bzw. den in ihnen tonangebenden Nationen. Das galt um so mehr, je mehr Italien und Deutschland, die zugleich Vormächte des Faschismus und des Revisionismus waren, seit den 30er Jahren ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß in Ostmitteleuropa ausdehnen konnten.

Zum Lager des Revisionismus in Ostmitteleuropa gehörten außer Ungarn und Bulgarien (als den Mit-Verlierern und ehemaligen Verbündeten der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg) im weiteren Sinne auch diejenigen Nationalitäten, die keine befriedigende nationale Autonomie erhalten hatten und sich von den staatsführenden Nationen majorisiert und benachteiligt sahen (die Kroaten in Jugoslawien, die Ukrainer in Polen, die Slowaken in der Tschechoslowakei, die Mazedonier in Bulgarien, Jugoslawien und Griechenland). Die Unzufriedenheit dieser Nationalitäten ohne Staat begünstigte zumindest potentiell die revisionistischen Staaten und so auch die faschistischen Vormächte Italien und Deutschland. Den Revisionsmächten, die in den 20er Jahren nur an propagandistische Verfolgung ihrer Ziele, nicht an gewaltsames Vorgehen denken konnten (so Stresemann in Deutschland und Graf Bethlen in Ungarn), kam außerdem die Irredenta der zahlreichen von ihrem „Mutterland“ getrennten Minderheiten zugute, unter denen allein die großen Gruppen der deutschen Minderheit (insgesamt in Ostmitteleuropa etwa 5 Millionen), der ukrainisch-russischen (7 Mill.) und der madjarischen Minderheit (3 Mill.)

fast 20 Prozent der Gesamtbevölkerung Ostmitteleuropas ausmachten. In gewissem Sinne wirkten sich – zumindest bis 1933 – auch die Gravamina der starken jüdischen Minderheit Ostmitteleuropas (etwa 5 Mill.) zugunsten des Revisionismus aus.

Umgekehrt waren die am Status quo interessierten Nationen gegen die von Deutschland und Italien ausgehende Einwirkung des Faschismus stärker immun und leisteten später auch der Hegemonialmacht Hitler-Deutschlands stärkeren Widerstand. Das gilt insbesondere für diejenigen Nationen (z. B. Polen, Tschechen, Serben, Slowenen), bei denen schon vorher die nationale Selbstständigkeitsbewegung sich gegen deutsche (bzw. österreichische oder preußische) Vorherrschaft gerichtet und eine stark nationaldemokratische, revolutionäre Überlieferung ausgebildet hatte. So kam z. B. für die polnischen Nationaldemokraten trotz ihrer nationalistischen und auch antisemitischen Tendenzen eine Kopie des Nationalsozialismus schon deshalb nicht in Frage, weil diese polnische Partei vor 1914 das Sammelbeken des Widerstandes gegen die Germanisierung in den ehemaligen preußischen Ostprovinzen gebildet und von daher eine traditionell antideutsche Einstellung entwickelt hatte. Aus ähnlichen Gründen kam der stärkste Protest gegen den im März 1941 vollzogenen Beitritt Jugoslawiens zum Drei-Mächte-Pakt aus dem Lager des serbischen Nationalismus, der den Sturz der Regierung Cvetković auslöste. Es war nicht von ungefähr, daß Polen, Tschechen, Serben und Slowenen im Zweiten Weltkrieg die am meisten verfolgten Nationen im ostmitteleuropäischen Herrschaftsraum Hitlers wurden und daß von ihnen der entschiedenste Widerstand ausging. – Anders verhielt es sich z. B. bei den Rumänen, die zwar zu den Siegernationen des Ersten Weltkrieges gehörten und den Status quo verteidigten, deren traditionellen nationalen Hauptfeind aber nicht die Deutschen, sondern die Madjaren bildeten. Ähnliches gilt für die Litauer, die ihre nationale Selbständigkeit vor allem gegen russische staatliche Herrschaft und polnische Oberschicht erkämpft hatten.

Schließlich verhinderten auch die zwischen den einzelnen Nachfolgestaaten bestehenden territorialen Konfliktstoffe eine solidarische Außenpolitik dieser Staaten-Gruppe und ermöglichten es, daß Querverbindungen zwischen dem Lager des Revisionismus (insbesondere Deutschland) und einzelnen Nachfolgestaaten entstanden. So führte der polnisch-litauische Streit um das Wilna-Gebiet und der deutsch-litauische Gegensatz wegen des Memellandes schon in der zweiten Hälfte der 20er Jahre zu dem Plan eines deutsch-polnischen territorialen Ausgleichs auf Kosten Litauens (Kompensation der polnischen Rechte in Danzig gegen Memel) – ein Gedanke, der später, anläßlich des polnisch-litauischen Grenzkonflikts vom März 1938 erneut aktuell wurde. Und an Hitlers erpresserischer Annexionspolitik gegenüber der Tschechoslowakei im Herbst 1938 beteiligte sich bekanntlich nicht nur das revisionistische Ungarn, sondern auch – wegen der polnischen Minderheit im Teschener Gebiet – die polnische Regierung.

Es erübrigt sich, die vielfältigen aus Nationalitäten- und Grenzproblemen resultierenden Spannungen, die die nationalstaatliche Ordnung Ostmitteleuropas von Anfang an bedrohten, im einzelnen nachzuzeichnen. Die Brisanz sich überlagernder nationaler und religiöser Gegensätze wurde verschiedentlich noch dadurch

verschärft, daß die neuen Staatsbildungen (so vor allem Polen, Rumänien, Jugoslawien) sich aus Landesteilen zusammensetzten, die vor 1914 ganz verschiedenen Staatsverbänden, Rechtsordnungen und Kulturzonen angehört hatten und unterschiedliche Sozialverfassungen sowie ein erhebliches Gefälle des wirtschaftlichen und zivilisatorischen Standards aufwiesen. In den ehemals zur Habsburger Monarchie gehörigen Territorien Rumäniens oder Jugoslawiens fehlte es deshalb nicht an Überlegenheitsgefühl und -dünkel gegenüber den „Walachen“ und „Byzantinern“, die in Bukarest und Belgrad das Regiment führten; ähnlich bei den (evangelischen) Deutschen und Litauern des Memelgebietes (aufgrund ihrer preußischen Tradition) nicht an Geringschätzung gegenüber den „russischen Zuständen“ in Großlitauen.

Innenpolitisch manifestierte sich die Instabilität der neuen Ordnung Ostmitteleuropas vor allem am Verfall der Demokratie. Auch hierbei wirkten die nationalen Antagonismen vielfach mit. Die überall in den Nachfolgestaaten eingeführte parlamentarische Demokratie vermochte auf die Nationalitätengegensätze kaum ausgleichend zu wirken, zumal die Parteienbildung in der Regel (und selbst bei den Sozialisten) auf nationaler und regionaler Grundlage geschah, so daß der entscheidende Einfluß der Mehrheitsnation bei Parlamentsabstimmungen und Regierungsbildungen (dadurch aber auch in der Administration) kaum je in Frage gestellt war. Es drohte vielmehr eine Dauer-Majorisierung der Minderheiten, die wenig dazu beitrug, diesen die parlamentarische Demokratie schmackhaft zu machen. Allerdings läßt sich das Übergewicht der staatstragenden Mehrheitsnationen und ihre Tendenz zu zentralistischer Gleichschaltung (wie einst in der k. u. k. Monarchie) nicht ausschließlich auf nationalen Machtwillen zurückführen. Was gegen die Sonderinteressen lokaler Nationalitäten verstieß, konnte gleichzeitig dem sozialen und zivilisatorischen Fortschritt dienen. Das gilt etwa von der Aufoktroierung der leistungsfähigen tschechischen Verwaltung auf die slowakische Provinz, wo slowakische Autonomie kaum die soziale Emanzipation der meist rückständigen, z. T. noch analphabetischen Bevölkerung dieses armen Landes bedeutet hätte.

Mit Ausnahme der Tschechoslowakei hielt sich die parlamentarische Demokratie in keinem der neuen Staaten, sondern machte überall autoritären Diktaturen Platz. Bei diesen Staatsumgestaltungen kam zum Vorschein, daß neben nationalen Gegensätzen noch eine Reihe anderer Ursachen, insbesondere wirtschaftlich-sozialer Natur, die bestehenden Ordnungen in Frage stellten. Zum Teil stand die Krise der Demokratie auch in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Aufkommen faschistischer Bestrebungen. Ein kursorischer Überblick über diesen Prozeß der Staatsumgestaltung mag dies verdeutlichen.

In *Polen* kam es nach häufig wechselnden Kabinetten, die nicht imstande waren, die Finanzkrise zu beseitigen, die drängende Agrarreformfrage befriedigend zu lösen und der wachsenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden, im Mai 1926 zum Staatsstreich Marschall Pilsudskis, der, gestützt auf die Obersten-Gruppe seiner ehemaligen Legionäre, eine Präsidial-Diktatur errichtete. Auch die Auswirkungen des deutsch-polnischen Handelskrieges und die Enttäuschung über die Haltung Frank-

reichs in Locarno (Oktober 1925) hatten dazu beigetragen, die Stimmung des nationalen Notstandes auszulösen und einer diktatorischen „Sanacja“, einer „Heilung“ des Staates, den Boden zu bereiten. Das Regime Pilsudskis führte innenpolitisch u. a. zur Abwendung von der Linken, den polnischen Sozialisten, denen Pilsudski vorher selbst angehört hatte, und zur Bildung eines rechtsgerichteten nationalen Regierungslagers. Seit dem Ende der 20er Jahre verschärften sich die diktatorischen Züge, insbesondere in der Bekämpfung der Opposition der alten Parteien, deren Führer teils verhaftet, teils in die Emigration getrieben wurden. Unter dem Einfluß der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland und dem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934 bildete sich, vornehmlich unter der jungen Anhängerschaft der Nationaldemokraten 1934 die Oppositionsgruppe des „Nationalradikalen Lagers“ (ONR) als extreme nationalistische und antisemitische Rechte. Außenpolitisch suchte Pilsudski größere Unabhängigkeit von den Westmächten zu erlangen, wobei als Motivation seine negative Einstellung zur Demokratie mitspielte. Während die erstrebte Normalisierung des Verhältnisses zur Regierung der Weimarer Koalition in Deutschland vor allem an der Intransigenz des deutschen Revisionismus scheiterte, trug Pilsudski selbst dazu bei, daß sich die Beziehungen zu Litauen, vorübergehend auch zur Sowjetunion, 1926/27 verschärften.

Im Falle *Litauens* zeigte sich, wie stark die Interdependenz solcher Vorgänge wie des Regierungsumschwungs in Polen waren. Nicht zuletzt die durch Pilsudski verkörperte polnische Aggressivität gegenüber Litauen führte dazu, daß im Herbst 1926 auch dort nach dem Vorbild des Pilsudski-Staatsstreichs auf dem Wege eines Offiziersputsches das Parlament ausgeschaltet und der Führer der nationalistischen Partei der „Tautinikai“ („Völkischen“), Antanas Smetona, als autoritärer Präsident die Staatsmacht übernahm. Unter dem neuen Regime der nationalen Einheit, das die Unabhängigkeit des Landes zu erhalten suchte, spaltete sich in Litauen später ebenfalls eine radikale Oppositionsgruppe ab. Ihr Führer wurde der 1929 gestürzte Ministerpräsident Woldemaras. Seine Anhänger, vor allem im jüngeren Offizierskorps und in der nationalen Studentenschaft, versuchten 1934 durch einen gescheiterten Putsch eine engere Anlehnung an das nationalsozialistische Deutschland herbeizuführen, wobei antikommunistische, antisemitische und antiwestliche Tendenzen im Hintergrund standen und die Woldemaras-Anhänger als „litauische Faschisten“ erscheinen ließen. Anscheinend bestanden zwischen ihnen und dem Deutschen Reich auch manche geheime Kontakte. So machte der Chef der deutschen Sicherheitspolizei und des SD (Sicherheitsdienst der SS) Ende Juni 1939 dem Auswärtigen Amt die vertrauliche Mitteilung: die Woldemaras-Anhänger in Litauen versuchten eine Art „faschistischer Regierung“ zu bilden⁴.

In engem Zusammenhang mit der Niederschlagung des Woldemaras-Putsches im Jahre 1934 standen ähnliche Staatskrisen in den benachbarten baltischen Staaten, wo im gleichen Jahre (1934) ebenfalls, unter dem Eindruck der Wirtschafts-

⁴ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Bd. VI, Dok. Nr. 587.

krise, stagnierender parlamentarischer Regierungen und der allgemeinen politischen Klimaveränderung seit dem Erfolg der Hitler-Partei in Deutschland, der Parlamentarismus begraben wurde.

In *Estland* verkündete Konstantin Päts, der Parteiführer der Altlandwirte, im März 1934 als „Staatsältester“ den Ausnahmezustand. Die Suspendierung der Verfassung richtete sich hier vor allem gegen die Bewegung der sogenannten „Freiheitskämpfer“ (VAPS). Diese von dem Advokaten A. Sirk organisierte Bewegung, welche in dem rechtsgerichteten General Larka ein Aushängeschild und einen Präsidentschaftskandidaten fand, war im Zusammenhang mit der Diskussion um die Verfassungsreform, unter heftiger Agitation gegen „das System“ der alten Politiker und Parteien, binnen weniger Monate zu starkem öffentlichem Einfluß gelangt. Ihre überraschenden, vor allem auf Kosten der Mittelparteien und der Sozialisten in Reval, Dorpat und anderen Städten und in bisher „roten“ Landflecken erzielten Wahlerfolge, zeigten, daß die VAPS insbesondere im bürgerlichen Mittelstand, unter den Arbeitslosen und im Landarbeiterproletariat ihren Anhang hatten. Am meisten beunruhigte die Regierung die Infiltration der Beamtschaft und des Militärs durch die „Freiheitskämpfer“ sowie deren offensichtlich gute Beziehungen zu der nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung innerhalb der deutschen Minderheit. Durch das Verbot der VAPS und die Verhaftung ihrer Führer gelang es Konstantin Päts, der ein unpolitisches Kabinett von Fachministern berief, eine drohende faschistische Staatsumgestaltung abzuwenden. Nach der Überwindung der Krise wurde allmählich ein Teil der demokratischen Freiheiten wieder eingeführt. Mit seiner Machtübernahme verteidigte Päts die traditionelle nationalpolitische Führung der wohlhabenden estnischen Bauern, die der wichtigste Träger der nationalen estnischen Freiheitsbewegung gegen die deutsch-baltischen Barone sowie die zaristischen Beamten und später gegen die Rote Armee gewesen waren.

Zwei Monate nach den Ereignissen in Reval vollzog im Mai 1934 in Riga der amtierende *lettische* Ministerpräsident Karl Ulmanis einen ähnlichen Staatsstreich⁵. Als Führer des lettischen Bauernbundes repräsentierte er dieselben Kräfte wie Päts in Estland. Ulmanis bezweckte mit der Suspendierung der Verfassung aber vor allem eine Ausschaltung der Sozialisten, die in Lettland stärker und radikaler waren als in Estland. Die Einführung der autoritären Präsidentialregierung traf aber auch die lettischen faschistischen Feuerkreuzler (Pehrkonkrusts), die unter G. Zelmins seit 1933 von sich reden gemacht hatten und die übrigens – anders als die VAPS in Estland – betont antideutsch eingestellt waren.

Wie in Litauen und den baltischen Staaten sind auch die Begleitumstände miteinander vergleichbar, unter denen in den Donaustaaten Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien der Übergang vom konstitutionellen Parlamentarismus zur königlichen autoritären Regierung stattfand, obwohl der Umschwung in diesen drei Ländern zeitlich durch mehrere Jahre voneinander getrennt war.

⁵ Dazu: Jürgen v. Hehn, *Lettland zwischen Demokratie und Diktatur, Zur Geschichte des lettländischen Staatsstreiches vom 15. Mai 1934*, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas*, Beiheft 3 (1957).

In Jugoslawien verhängte König Alexander im Januar 1929 den Ausnahmezustand, um der Staatskrise Herr zu werden, die in Gestalt bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen zwischen Serben und Kroaten erneut ausbrach, nachdem der Führer der kroatischen Bauernpartei Stjepan Radić dem Attentat eines serbischen Extremisten in der Skupština zum Opfer gefallen war (20. 6. 1928). Es ging Alexander vor allem um die Unterdrückung der separatistischen kroatischen Organisationen, der „Domobranen“ (Landwehr) und der kleinen von Ante Pavelić geleiteten kroatischen Staatsrechtspartei, die nicht nur – wie die kroatische Bauernpartei – regionale Autonomie verlangten, sondern das Ziel eines unabhängigen großkroatischen Staates und damit die Auflösung Jugoslawiens verfolgten. Die Sorge um den Bestand des Staates war um so berechtigter, als das faschistische Italien durch einen Freundschaftspakt mit Ungarn, den Ausbau seiner Hegemonie über Albanien und geheime Unterstützung der kroatischen Separatisten seine Feindschaft gegenüber Belgrad deutlich zu erkennen gab. Sowohl innen- wie außenpolitisch gelang es Alexander, die Lage zu stabilisieren, wenngleich sein autoritäres Regiment im Innern den Zentralismus erheblich verstärkte und im serbischen Nationalismus eine verlässlichere Stütze fand als in der jugoslawischen Staatsidee. Er selbst wurde allerdings ein Opfer der kroatischen Extremisten, die 1929 unter Ante Pavelić die Geheimorganisation „Ustaša Hrvatska Revolucionarna Organizacija“ (UHRO) gegründet hatten, künftig unter dem kürzeren Namen „Ustaša“ (Aufständische) bekannt, und vom Exil und von geheimen Zellen in Kroatien aus eine unablässige propagandistische und terroristische Aktivität gegen des Regime Alexanders betrieben. Zusammen mit dem französischen Außenminister Barthou wurde Alexander im Oktober 1934 in Marseille von Ustaša-Attentätern erschossen. Bei dem Attentat trat nicht nur das Zusammenspiel der Ustaša mit der mazedonischen Verschwörer-Organisation IMRO, sondern auch mit revisionistischen Kreisen in Ungarn und vor allem mit dem faschistischen Italien zutage, wo Mussolini und der Chef der italienischen Geheimpolizei, Ercole Conti, Pavelić und seinen ausgebildeten Kampfgruppen wohlwollende Unterstützung gewährt hatten.

Insofern bestand auch ein gewisser Zusammenhang mit den Ereignissen in Bulgarien, wo die parlamentarische Demokratie im Mai 1934 (zur gleichen Zeit wie in Lettland) durch den Putsch einer republikanisch gesinnten Offiziersgruppe abgelöst wurde. Die Initiatoren des Putsches (Oberst Georgiev, Oberst Veltschew) hatten schon 1923 den Aufstand gegen das diktatorische Regiment des Bauernführers Alexander Stambulijski geleitet. Die Zersplitterung des bulgarischen Parteiwesens (1931: 20 Parteien), wirtschaftliche Absatzschwierigkeiten, nicht zuletzt aber der Terrorismus der immer mehr ins Kriminelle abgleitenden mazedonischen IMRO (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation) hatten den Boden für die Putschisten bereitet. Diese besaßen im Zveno-Kreis eine außerparlamentarische Organisation aus Offizieren und anderen Honoratioren, welche innenpolitisch die autoritäre Regierung und außenpolitisch den groß-südslawischen Integralismus (bulgarisch-jugoslawische Annäherung) erstrebten. Die durch den Staatsstreich zur Macht gekommene, vom Zaren Boris III. zunächst geduldete Regierung Georgiev

führte im Sommer 1934 einen systematischen militärischen Feldzug gegen die IMRO, die im vorangegangenen Jahrzehnt wohl an die 2000 politische Morde verübt hatte, und befreite damit das Land von einer schweren Geißel. Dieses Verdienst blieb ihr, obwohl Georgiev bereits 1935 durch royalistische Offizierskreise gestürzt wurde. Auch die autoritäre Regierungsform blieb trotz des Verbots des Zveno-Kreises in Kraft, nur daß sie jetzt dem Zaren zugute kam und eine stärker nationalistische, nach rechts orientierte Richtung annahm.

In besonders engem Zusammenhang mit der Abwehr faschistisch-terroristischer Staatsbedrohung stand die autoritäre Umgestaltung der Regierung, die König Carol II. im März 1938 in Rumänien vornahm. Sie richtete sich vor allem gegen die „Eiserne Garde“. Diese von dem jugendlichen Corneliu Codreanu 1927 unter dem Namen „Legion Erzengel Michael“ vornehmlich aus antisemitischen Studentengruppen in Ostrumänien (Moldau) gegründete Organisation mit ihrer schwärmerischen Utopie nationaler und sittlich-sozialer Erweckung, die sich mit der Begriffs- und Gefühlswelt des orthodoxen Christentums verband, war in den ersten Jahren ihres Bestehens ein kleiner, exklusiver und verschworener Kampfbund gewesen. Der Ordenscharakter der Legion mit strengen Gehorsamsregeln und beinahe rituellem Führerkult, christlich-nationaler Symbolik (weißes Kreuz, Grünhemden) und – andererseits – demonstrativem Terrorismus gegen Juden und Vertreter des liberalen Regierungssystems entsprach in seiner Mischung von irrationalen Idealismus und Fanatismus weitgehend den italienischen „fasci“ und den militanten nationalen Kampfbünden der Weimarer Zeit in Deutschland. Die Legion verstand sich auch von Anfang an als rumänische Parallelbewegung zum Faschismus Mussolinis und der Hitler-Bewegung in Deutschland. 1930 hatte sie begonnen als Partei aufzutreten und bald einige Tausend Ortsgruppen gebildet, dabei aber ihre radikale Agitation und Kampfmethodik beibehalten. Als der liberale Ministerpräsident Duca im Dezember 1933 die Legion aufgrund eines Staatsschutzgesetzes verbot und ihre Führer zeitweilig verhaften ließ, wurde er wenige Tage später von Legionären ermordet. Unter der Fernwirkung des Nationalsozialismus und der Achse Berlin-Rom wuchs die unter neuem Namen auftretende Legionärspartei zwischen 1935 und 1937 rasch an, wurde zum Sammelbecken der radikalen Nationalisten und konkurrierte auch unter der Arbeiterschaft nicht ohne Erfolg mit den Kommunisten, wobei sie auf manche offenkundige Korruption und Manipulation innerhalb des parlamentarischen Regierungssystems und der rumänischen Verwaltung und Wirtschaft verweisen konnte. Bei den Wahlen im Dezember 1937 erlangte sie 15,5 % der Stimmen und 70 Mandate. Carol versuchte den politischen Erdbeben, der auch durch das Anwachsen anderer antisemitischer Gruppen zum Ausdruck kam, dadurch abzufangen, daß er einen königstreuen und gemäßigten Antisemiten (Oktavian Goga) zum Ministerpräsidenten berief. Als dieser aber im Februar 1938 an der Parlamentsopposition von links und rechts scheiterte, griff Carol zum Mittel des Staatsstreiches von oben, hob die Verfassung auf und bildete eine Regierung der „nationalen Erneuerung“ aus ihm ergebnen Ministern. Zu den ersten Maßnahmen der Königsdiktatur gehörte die gewaltsame Ausschaltung der Eisernen Garde.

Codreanu und die Mehrzahl der Unterführer wurden verhaftet, eine kleine Gruppe von Legionärsführern unter Horia Sima konnte nach Deutschland ins Exil flüchten, und knüpfte hier Beziehungen mit dem SD an, die sich 1940 politisch auszahlen sollten.

Die erbitterte Auseinandersetzung zwischen Carol und der Eisernen Garde vollzog sich bemerkenswerterweise im Zusammenhang mit der gleichzeitigen, aus wirtschaftlichen Gründen für Rumänien kaum vermeidbaren engeren Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland, das 1938 durch den Anschluß Österreichs und der Sudetengebiete seinen Einfluß und sein Potential gewaltig ausdehnte. Die Bekämpfung der Legionäre war gleichsam ein Teil des Balanceaktes, der darin bestand, daß Carol zwar bemüht war, die Freundschaft Hitler-Deutschlands zu erwerben, aber keinen faschistischen Putsch im Innern riskieren wollte. Das zeigte sich deutlich im November 1938: Während Carol bei Hitler in Berchtesgaden weilte und durch das Versprechen verstärkter Handelsbeziehungen die Gunst des Führers zu erlangen suchte, sorgte seine Geheimpolizei unter Oberst Moruzov für die Ermordung Codreanus und einer Reihe von Legionärsführern im Staatsgefängnis in Jilava. Obwohl Hitler nicht sonderlich viel von der Solidarität mit faschistischen Bewegungen im Ausland hielt, solange diese nicht an der Macht waren und wenig Aussicht hatten, sie zu erlangen und zu behaupten, trug die heimtückische Ermordung der Legionärsführer wesentlich dazu bei, daß Carol und sein „System“ vor allem bei den nationalsozialistischen Parteistellen und der SS in Ungnade fielen.

Die Reihe der autoritären Regierungsumbildungen und faschistischen Bestrebungen, die wir skizziert haben, erlaubt es, einige allgemeine Feststellungen zu treffen.

Die Instabilität der parlamentarischen Demokratie in Ostmitteleuropa war nicht nur besonderen Zeiteinflüssen zuzuschreiben (wie vor allem in Deutschland), sondern in starkem Maße grundsätzlicher Art, stark soziologisch bedingt, teils auch auf den Mangel gefestigter rechtsstaatlicher Überlieferung und den fehlenden Apparat einer funktionierenden Staatsverwaltung zurückzuführen⁶. Das verdeutlichte das Ausnahme-Beispiel der Tschechoslowakei, in der allein das parlamentarische Regierungssystem intakt blieb: nur in der Tschechoslowakei gab es eine moderne industrielle Gesellschaft mit starkem Bürgertum und gut organisierter Arbeiterschaft; hier existierte auch aus der k. u. k. Zeit eine ungebrochene Tradition des Rechtsstaates und eine eingespielte, verlässliche Bürokratie.

In allen anderen Staaten Ostmitteleuropas dominierte einseitig die Agrarwirtschaft, auf die bis zu 80% der Bevölkerung entfielen. Sie war weithin charakterisiert durch technisch rückständige, nicht genügend intensive Wirtschaftsweise, landwirtschaftliche Überbevölkerung, überwiegendes Kleinbauerntum und Landproletariat. Das Analphabetentum war auf dem Lande noch weit verbreitet. Agrarreformen und staatliche Schulpolitik (Einführung des Schulzwangs) führten nur in

⁶ Vgl. zum Folgenden den Aufsatz von Werner Conze, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 319-338.

einigen Ländern, vor allem im Baltikum, zu bedeutenderem Fortschritt. Die umstrittene und letztlich ungelöste Frage der Agrarreform schuf in Polen wie in Litauen starken politisch-sozialen Sprengstoff. Agrarkommunistische Bestrebungen standen in Ungarn hinter der kurzlebigen Revolution Bela Kuns (1919), machten sich in den frühen zwanziger Jahren sowohl in den baltischen Staaten¹ wie in Jugoslawien bemerkbar und führten in Bulgarien zu der dreijährigen Diktatur des Bauernführers Stambulijski (1920–1923). Gegen diese Bestrebungen setzten sich überall die traditionellen sozialen und politischen Führungsschichten durch, die sich vornehmlich auf das Offizierskorps, den Großgrundbesitz und den (katholischen oder orthodoxen) Klerus sowie auf die Unternehmer, Beamten, Intellektuellen und ihre Klientelparteien, teils auch auf die gut organisierten Verbände der wohlhabenderen Bauern stützten. Mitunter geschah die Unterdrückung des Agrarkommunismus in der Form des „weißen“ Terrors (so 1919/20 in Ungarn und 1923 in Bulgarien), der dem Faschismus ein methodisches Vorbild lieferte.

Einen besonderen sozialen und politischen Unruhefaktor bildeten daneben fast überall in Ostmitteleuropa die jungen Akademiker und Studenten, deren Bedeutung um so größer war, als die Nationalbewegung bei diesen noch jungen Nationen meist als Bildungsbewegung entstanden war und hauptsächlich von Literaten und Akademikern getragen wurde. Die im Zuge der nationalstaatlichen Neuordnung neu errichteten oder neu besetzten nationalen Hochschulen zogen zahlreiche Jugendliche an. Diese fanden aber in der Wirtschaft und Gesellschaft ihrer Länder größtenteils nur ungenügende Berufschancen. Nationaler Idealismus, dem mangelnde soziale Aufstiegsmöglichkeiten gegenüberstanden, verstärkten den Zug zum politischen Extremismus unter den Studenten, der ein für Ostmitteleuropa besonders kennzeichnendes Symptom darstellte. Kommunisten und Faschisten hatten an den Hochschulen in Warschau, Budapest, Belgrad, Bukarest und anderswo beträchtlichen Anhang. Die Existenz eines frustrierten akademischen Proletariats begünstigte in bestimmten Gegenden, wo der jüdische Anteil unter den Studenten sehr hoch war, vor allem auch den Antisemitismus. In Galizien, Ostrumänien, Litauen und Ungarn galten die zahlreichen Juden schon seit dem 19. Jahrhundert für die aus dem Bauerntum hervorgegangene junge Intelligenz vielfach als Inbegriff nationaler und sozialer Überfremdung, von der man sich zu befreien trachtete.

Nicht nur die Eiserne Garde ging aus einer antisemitischen Studentenbewegung hervor. Der Antisemitismus bildete auch den ideologischen Kern der verschiedenen Spielarten des madjarischen Faschismus (der Rassenschützerbewegung der zwanziger Jahre sowie der Pfeilkreuzler, Hungaristen und ungarischen Nationalsozialisten der dreißiger Jahre); er war in der slowakisch-katholischen Hlinka-Partei, ebenso in der „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) in Polen, der kroatischen Ustaša und der serbischen Zbor-Bewegung, bei den litauischen Tautinikai und Woldemaras-Anhängern, den lettischen Feuerkreuzlern und polnischen Radikalnationalen stark ausgeprägt. Bauerntümliche, in manchen Gegenden fast noch mittelalterliche Formen und Begriffe des Katholizismus und der Orthodoxie begünstigten auch von seiten des niederen Klerus, dem oft die lokale nationale Füh-

rungsrolle zukam, den christlich-nationalen Antisemitismus, so vor allem bei der Ustaša und der slowakischen, überwiegend von Pfarrern geleiteten Hlinka-Partei.

Zusammen mit anderen Faktoren und Voraussetzungen bildete der Antisemitismus später einen wesentlichen ideologischen und emotionalen Anknüpfungspunkt für die Kollaboration mit Hitler-Deutschland. In litauischen, ukrainischen, rumänischen, ungarischen, slowakischen und kroatischen Hilfstruppen fand die SS bei der Durchführung der Judendeportation und -vernichtung vielfach bereitwillige Unterstützung.

Zu Beginn der 30er Jahre, vor allem nach 1933, war fast überall in Ostmitteleuropa ein deutliches, z. T. ein sprunghaftes Anwachsen faschistischer und nationalistischer Bewegungen zu verspüren. In diese Jahre fiel die Weltwirtschaftskrise, die in den ostmitteleuropäischen Agrarstaaten vor allem zur Absatzkrise in der Landwirtschaft und zur Verarmung und Verschuldung des Bauerntums führte. Ohne Zweifel wurden dadurch der politische Radikalismus und nationale Egoismus, das Aufkommen aggressiver Feindbildung, des Fremden- und Judenhasses sowie die Entstehung utopischer sozialer und nationaler „Erneuerungsbewegungen“ stark gefördert. In die gleiche Zeit fiel aber auch die Machtübernahme des nationalsozialistischen Deutschland, deren Fernwirkung insbesondere bei den benachbarten Staaten und den traditionell deutschfreundlichen Nationalitäten (Ungarn, Kroaten, Slowaken, Bulgaren, Ukrainern, Esten), nicht zuletzt auch bei den deutschen Minderheiten, sehr beträchtlich gewesen ist. Charakteristisch für die allgemeine politische Klimaveränderung und die nationalistische Welle dieser Jahre war z. B. die Tatsache, daß in Ungarn 1932 als Nachfolger des liberalen Graf Bethlen der Rassenbeschützer Julius Gömbös zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, der bald seine Sympathien für Hitler und Mussolini bekundete.

Die Ablösung demokratischer Staatsformen durch autoritäre Diktaturen, gleich ob sie sich schon in den 20er Jahren oder erst nach 1933 vollzog, ob sie sich primär gegen die Linke (wie in Polen und Lettland), gegen nationalen Rechtsradikalismus (wie in Estland und Rumänien) oder gegen separatistischen Nationalismus (wie in Jugoslawien und Bulgarien) richtete, verstärkte an sich schon, mittelbar oder unmittelbar, die Affinität zu faschistischer Herrschaft. Zumindest unterhölhten sie die Basis der nach dem Ersten Weltkrieg etablierten nationalstaatlichen Ordnung insofern, als diese das nationale mit dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht verband, d. h. auf der Annahme beruhte, daß die – bei der Verzahnung der Nationalitäten in Ostmitteleuropa unvermeidliche – Ungerechtigkeit gegenüber einzelnen nationalen Gruppen durch die verfassungsmäßige Garantie der individuellen Freiheit und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung weitgehend aufgewogen werden könne. Auch in den Fällen, wo die autoritäre Staatsdiktatur sich bei der Abwehr faschistischer oder terroristischer Gruppen bewährte, gegen die der Parlamentarismus versagt hatte, ergab sich doch meist die Konsequenz, daß das neue autoritäre Regime einen Teil der faschistischen und extremistischen Welle, deren politisch-revolutionäre Organisationsform es bekämpfte, selbst in sich aufnahm.

Die Mehrzahl der autoritären Regierungen, die in den 20er und 30er Jahren in Ost-

mitteleuropa entstanden, suchten sich, da sie sich nicht mehr auf die alten Parteien stützen konnten oder wollten, in unpolitischen nationalen Organisationen (Jugend-, Schützen-, Turnvereinen, den Veteranenverbänden der Kriegsteilnehmer oder revolutionären Legionäre) und in künstlich geschaffenen nationalen „Sammlungsbewegungen“ oder „Regierungslagern“ eine neue Gruppen- und Massenbasis. Ihrer Natur nach verstärkten aber diese Organisationen den Einfluß der entschiedenen „Nationalisten“ hinter den Regierungen, teilweise war der Übergang zwischen dem rechten Flügel des Regierungslagers und den bekämpften faschistischen oder radikal-nationalen Gruppen durchaus fließend (so in Polen und Ungarn). Von daher resultierte auch manche veränderte Einstellung zu außenpolitischen Fragen, nicht zuletzt eine schärfere Wendung gegenüber der Sowjetunion.

Wir kommen damit zu einem letzten wesentlichen Gesichtspunkt: Das jeweilige Verhältnis zur Sowjetunion bestimmte – außenpolitisch und ideologisch – direkt oder indirekt auch das Verhältnis der ostmitteleuropäischen Staaten gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland mit. Estland, Lettland und Polen verdankten ihre Unabhängigkeit nicht zuletzt dem Sturz des Zarismus und hatten 1919/20 ihre territorialen Ansprüche im Osten im Kampf mit der Roten Armee ausgefochten. Die späteren autoritären Präsidenten dieser drei Staaten (Päts, Ulmanis, Pilsudski) waren damals die Führer im Kampf gegen die Rote Armee gewesen. Ähnlich war Admiral v. Horthy, der spätere Reichsverweser Ungarns, als Führer der siegreichen Konterrevolution gegen die ungarische Räterepublik zum Amt des lebenslänglichen Staatsoberhaupts gelangt. Auch Rumänien hatte aus der Bürgerkriegssituation in Rußland Gewinn gezogen, als es 1918 Bessarabien annektierte.

Die nationalstaatliche Neuordnung war hier überall mit der internationalen Interventionspolitik und der antisowjetischen Strategie des „cordon sanitaire“ verquickt gewesen. Demnach blieb für die westlichen Nachbarn der Sowjetunion auch in der Folgezeit die Furcht vor sowjetischen Grenzrevisionen bestehen, und sie verband sich mit dem Argwohn gegenüber kommunistischer Infiltration und sozialer Revolution im Innern. Schon in der ersten Hälfte der 20er Jahre, d. h. vor der Einführung autoritärer Systeme, wurden die kommunistischen Parteien im Baltikum, in Litauen, Polen, Rumänien und Jugoslawien verboten. Zwischen der Sowjetunion und Bulgarien, wo 1923 der Kommunismus blutig niedergeschlagen wurde, bestanden bis 1934 keine diplomatische Beziehungen.

Die antisowjetische und antikommunistische Tendenz der Regierungen und nationalen Führungskräfte in den ostmitteleuropäischen Randstaaten blieb bis in den Zweiten Weltkrieg hinein eine mehr oder weniger konstante, hier und da durch Nichtangriffsverträge mit der Sowjetunion nur oberflächlich verdeckte Grundeinstellung. Sie verringerte von vornherein die außenpolitische Manövrierfähigkeit dieser Staaten und erleichterte nach 1933 Hitler das Taktieren. Daß Deutschland unter nationalsozialistischer Führung weltanschaulich und außenpolitisch als entschiedener Gegner der Sowjetunion auftrat, wurde insbesondere in Polen, wo man die Rapallo-Politik und die geheime Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee mit äußerstem Mißbehagen verfolgt hatte, mit Erleichterung auf-

genommen und begünstigte den Abschluß des deutsch-polnischen Paktes vom Januar 1934. Wenngleich Pilsudski bis zu seinem Tode (1935) den ihm nahegelegten Gedanken eines offensiven deutsch-polnischen Vorgehens gegen die UdSSR kühl ablehnte, so konnte Hitler dennoch damit rechnen, daß für sein Fernziel einer Aggression gegen die Sowjetunion doch Sympathien und manche Unterstützung bei den ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten vorhanden war. Und er konnte zumindest ziemlich sicher sein, daß die Sowjetunion ihrerseits in Ostmitteleuropa schwerlich Bundesgenossen gegen das nationalsozialistische Deutschland finden würde. Aus historischen, ideologischen und sozialen Gründen überwog im Baltikum, in Polen und Rumänien die Abneigung gegen das sowjetische Rußland deutlich das Mißtrauen gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland. Das erwies sich im Sommer 1939: vor allem am Widerstand dieser Staaten scheiterten die britisch-französischen Bemühungen, die Sowjetunion in das Garantie- und Allianzsystem gegen Hitler-Deutschland einzubeziehen.

Auch der Pakt mit Stalin vermochte das Prestige, das Hitler als Führer der anti-kommunistischen Vormacht in Ostmitteleuropa genoß, nicht völlig zu zerstören. Nachdem aufgrund dieses Paktes die baltischen Staaten im Sommer 1940 von der Sowjetunion annektiert worden waren, emigrierten zahlreiche führende nationale Politiker aus diesen Staaten nach Deutschland. Und als Hitler 1941 den Feldzug gegen die Sowjetunion begann, gelang es ihm rasch, die kleinen verbündeten Staaten (Slowakei, Rumänien, Ungarn und Kroatien) zur Teilnahme am Krieg zu gewinnen und darüber hinaus die – freilich bald enttäuschte – Hoffnung und Unterstützung der Litauer, Letten, Esten und Ukrainer auf seine Seite zu ziehen.

Furcht vor sowjetischer Überfremdung und ideologisch motivierter Antikommunismus verursachten schließlich auch das Dilemma, in das die nationale Widerstandsbewegung in den von Deutschland besetzten Ländern (Polen, Jugoslawien, baltische Staaten) in der zweiten Kriegshälfte geriet. Das Auftreten kommunistischer Partisanen und das Näherrücken einer zweifelhaften sowjetischen „Befreiung“ hemmte den Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht und brachte die Führer und Träger des nationalen Widerstandes, Mihailović in Serbien, die baltischen Nationalisten und litauischen Aktivisten und selbst manche Gruppen der polnischen Widerstandsbewegung, in den Verdacht der Kollaboration mit dem Faschismus.

2.

Nach diesem Überblick über die krisenhafte nationale, soziale und politische Verfassung Ostmitteleuropas, die manche Voraussetzungen für virulente oder akute faschistische Stimmungen und Bewegungen schuf, wollen wir versuchen, die vom nationalsozialistischen Deutschland, in zweiter Linie auch vom faschistischen Italien, ausgehenden Einflüsse näher, und in ihren zeitlichen Phasen, zu bestimmen. Es geht uns dabei vor allem um eine Erfassung der verschiedenartigen Formen der

Kollaboration, die keineswegs in der Regel, sondern nur in Ausnahmefällen, von rein faschistischen Regierungen getragen wurde.

Bis 1935/36 war das nationalsozialistische Deutschland noch nicht imstande, einen nachdrücklichen machtpolitischen Einfluß auf Ostmitteleuropa auszuüben. Die Wirksamkeit der in dieser Zeit von der Auslandsorganisation der NSDAP, vom Außenpolitischen Amt der NSDAP, dem Geheimdienst der SS oder von Propagandisten des Goebbels-Ministeriums zu verwandten Gruppen im Ausland hergestellten Kontakte und den Erfolg der von ihnen betriebenen Propaganda wird man im ganzen nicht überschätzen dürfen. Wirkungsvoller war die bloße Tatsache, daß neben Italien nun auch Deutschland – als die zumindest potentielle Großmacht Mitteleuropas – sich vom westlich-demokratischen Staatsprinzip und durch den Austritt aus dem Völkerbund auch vom Grundsatz völkerrechtlicher kollektiver Sicherheit losgesagt und sich der Politik einer autonomen nationalen (wirtschaftlich autarkistischen) Wiederherstellung seiner Macht unter einer straffen, diktatorischen Führung verschrieben hatte, ohne daß die Westmächte dies zu verhindern vermochten und ohne daß das Experiment Hitlers von innen her scheiterte. Es schien damit der Beweis erbracht, daß auch ein ganz anderer als der bisherige Weg möglich sei, und dies verfehlte, zumal unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Depression, kaum irgendwo seinen Eindruck. Es läßt sich deshalb sagen: Die Hauptwirkung, die bis zur Mitte der 30er Jahre von Hitler-Deutschland ausging, bestand darin, daß es neue, verführerische Maßstäbe setzte und die illusionäre Vorstellung erweckte, daß die diktatorische Mobilisation des Nationalismus und der nationalen Energien nicht nur neue Macht, sondern auch eine neue Ordnung schaffen könne.

Im Sinne dieser von Deutschland ausgehenden Veränderung der politischen Atmosphäre bestand z. B. ein Zusammenhang zwischen den außenpolitischen Prinzipien Hitlers und der „neuen Ära“ der polnischen Außenpolitik, die Oberst Beck seit 1932 als neuer Außenminister Pilsudskis repräsentierte⁷. Diese führte nicht nur – infolge des deutsch-polnischen Paktes von 1934 – zu einer Abkühlung des polnischen Verhältnisses zu Frankreich, sondern auch dazu, daß Warschau im Sommer 1934, dem Beispiel Hitlers teilweise folgend, seine Mitwirkung an den Minderheitenschutzverfahren des Völkerbundes aufkündigte. Die „Verrechtlichung“ der Minderheitenfrage durch internationale Schiedsinstanzen erlitt dadurch eine schwere Einbuße. Polnischer Nationalismus spielte unbewußt die Karte Hitlers, dem es vorsätzlich darum ging, die Ansätze kollektiver Völkerrechtsordnung zu zerstören und sie durch rein macht- und interessenpolitische, *bilaterale* Pakte zu ersetzen.

Zur Aufwertung des Prinzips bilateraler Beziehungen trugen infolge der Wirtschaftskrise auch handelspolitische Interessen in starkem Maße bei. Der unter autarkistischen Gesichtspunkten von der nationalsozialistischen Führung Deutschlands aus Devisenmangel beschrittene Ausweg zweiseitigen Warenaustausches mit den ostmitteleuropäischen Agrar- und Rohstoff-Ländern (Schachts „Neuer Plan“)

⁷ Vgl. Hans Roos, *Polen und Europa, Studien zur polnischen Außenpolitik 1931–1939*, Tübingen 1957.

erwies sich auch für diese als vorteilhaft, weil er eine feste Absatzgarantie bedeutete. Schon in der Mitte der 30er Jahre intensivierten sich infolgedessen die deutschen Handelsbeziehungen vor allem zu Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien bedeutend und schmälerten den französisch-englischen Wirtschaftseinfluß. Nicht zuletzt wegen der engen Handels-Beziehungen zu den Achsenmächten verfolgte der seit 1935 amtierende jugoslawische Ministerpräsident Stojadinović auch außenpolitisch eine Annäherung an Deutschland und Italien und riskierte dabei eine gewisse Auflockerung des Verhältnisses zu Frankreich.

In die gleiche Zeit fielen das Versagen des Völkerbundes im Abessinienkonflikt, die offene Aufrüstung Deutschlands und der von Hitler mit der Besetzung des Rheinlandes 1936 vollzogene Bruch des Locarno-Vertrages. Das von den Westmächten vertretene Prinzip der kollektiven Sicherheit erlitt damit in Ostmitteleuropa einen nicht wiedergutzumachenden Prestigeverlust. Man begann sich auf die Achse Berlin-Rom einzustellen. Das von England und Frankreich nicht verhinderte Vorgehen Hitlers und Mussolinis erwies sich als korrumpierend und ansteckend. Es gab den Kräften Auftrieb, die zu bedenkenloser Verwirklichung ihrer, oft provinziellen, nationalen Ambitionen drängten.

Die Angliederung Österreichs und die Annexion der Sudetengebiete, bei der Hitler auch durch gleichzeitige territoriale Forderungen Ungarns unterstützt wurde, bewirkte dann im Jahre 1938 die entscheidende Verlagerung des Machtgefälles. Das „Großdeutsche Reich“ erlangte nicht nur territorial und infolge seiner vergrößerten Wirtschafts- und Bevölkerungspotenz eine neue Großmachtstellung; es hatte sich vor allem als die erfolgreiche Vormacht revisionistischer Neuordnung erwiesen und damit die Wirkungslosigkeit der bestehenden französischen Defensivbündnisse und des Paktsystems der kleinen Entente in aller Deutlichkeit demonstriert.

Am 5. Oktober 1938, wenige Tage nach dem Münchener Abkommen, prophezeite Churchill im Unterhaus:

„Jetzt müssen wir darauf gefaßt sein, daß alle Staaten Mittel- und Osteuropas unter den bestmöglichen Bedingungen, die sie erzielen können, zu einem Einverständnis mit der triumphierenden Nazimacht kommen werden. Das System zentraluropäischer Bündnisse, auf das sich Frankreich für seine Sicherheit stützt, ist hinweggefegt, und ich sehe nicht, wie es wieder aufgebaut werden könnte. Die Straße, die Donaulal hinab zum Schwarzen Meer, die Straße, die bis in die Türkei führt, ist geöffnet worden. Ich glaube, daß alle diese mitteleuropäischen und Donau-Staaten faktisch, wenn nicht sogar formell einer nach dem anderen in dieses große System der Machtpolitik hineingezogen werden dürften, die von Berlin ausstrahlt; und all dies kann, wie ich glaube, ganz glatt und schnell erzielt werden, ohne daß es zum Abfeuern eines einzigen Schusses kommen müßte.“⁸

Churchills Voraussage war wohlbegründet. München bedeutete nicht, wie Chamberlain hoffen mochte, eine Ende territorialer und politischer Veränderung, sondern löste im Gegenteil neue dynamische Bewegung aus. Die kleinen und mittleren Staaten Ostmitteleuropas suchten je für sich günstige bilaterale Beziehungen

⁸ Winston S. Churchill, Reden 1938-1940, Zürich 1946 (nach der von Randolph S. Churchill hrsg. Originalausgabe „Into Battle“), S. 81 ff.

zu Berlin herzustellen. Hitler hatte es nach München in Osteuropa nicht mehr mit einem Block von Staaten und einer solidarischen Verteidigung des Status quo zu tun, sondern mit jeweils einzelnen Interessen machtpolitisch weit unterlegener Staaten, die sich wohl oder übel der neuen Konjunktur anzupassen suchten. Die Nationalitätenspannungen und Grenzstreitigkeiten, die jahrelang im Zaum gehalten worden waren, weil keiner der Beteiligten es riskieren wollte, brüsk gegen das System der kollektiven Sicherheit und bestehende Verträge zu verstoßen, begannen sich zu entladen und boten sich der nationalsozialistischen Führung als Hebel an.

Das kleine Litauen entrichtete der deutschen Hegemonialmacht schon im November 1938 seinen Tribut, indem es die nationalsozialistische Gleichschaltung des Memelgebietes geschehen ließ und machte damit den ersten Schritt zur förmlichen Abtretung (22. 3. 1939). Wenige Wochen nach München knüpften die Emissäre Ribbentrops und des SD vertrauliche Gespräche mit den Führern der slowakischen Hlinka-Bewegung (Tiso, Durčanský, Mach u. a.) an, die Mitte März 1939 den Vorwand zur Besetzung Böhmens und Mährens lieferten und zur Gründung des separatistischen „Schutzstaates“ der Slowakei, des ersten deutschen Satellitenstaates, führten⁹. Ungarn, das schon durch den Ersten Wiener Schiedsspruch der Achsenmächte (3. 11. 1938) einen Gebietsstreifen der Südslowakei zugesprochen bekommen hatte, erhielt die Gelegenheit, die Karpatho-Ukraine zu annektieren und gab sich unter dem Ministerpräsidenten Bela Imredy (1938/39) alle Mühe, auch durch innenpolitische Maßnahmen (Erlaß von antisemitischen Gesetzen) das Wohlgefallen Hitlers zu erlangen.

Zur gleichen Zeit schloß Rumänien unter diplomatischem Druck ein Wirtschaftsabkommen mit Deutschland ab (23. 3. 1939), das diesem das Monopol des Warenhandels und darüber hinaus erheblichen Einfluß auf die Richtung der rumänischen Landwirtschafts- und Rohstoffproduktion sicherte. In Jugoslawien löste das Beispiel des slowakischen Separatismus wegen der ähnlich gelagerten kroatischen Frage besondere Besorgnisse aus. Um ein drohendes Zusammenspiel der Kroaten mit Italien oder Deutschland – nach dem Muster der Slowaken – zu verhindern, räumte die Regierung Cvetković dem Führer der kroatischen Bauernpartei (Vladko Maček) nach langwierigen Verhandlungen schließlich eine großzügige Landes-Autonomie ein (August 1939).

Hitlers Sieges-Serie im ersten Kriegsjahr, vor allem die Ausschaltung Frankreichs, begrub für die Donaustaaten fast jede Chance künftiger wirksamer westlicher Unterstützung und machte deshalb eine Fortsetzung der bisherigen offiziellen Neutralitätspolitik kaum noch möglich. Sie waren nunmehr dem Druck Hitlers um so mehr ausgesetzt, als Deutschland und die Sowjetunion ihre Interessenzonen gegeneinander abgegrenzt hatten. Diese geheimgehaltene deutsch-sowjetische Vereinbarung ermöglichte es im Sommer 1940, auf besonders erpresserische Weise, Rumänien zum „freiwilligen Satelliten“ Hitler-Deutschlands zu machen: Im Juni forderte die Sowjetunion ultimativ die Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina,

⁹ Dazu jetzt: Jörg K. Hoensch, *Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik, Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39*, Köln 1966.

die aufgrund des deutsch-sowjetischen Geheimvertrages in die russische Interessenzzone fielen. Berlin empfahl daraufhin dem rumänischen König „dringend“, dem sowjetischen Verlangen nachzugeben. Kaum war die sowjetische Annexion erfolgt, als nunmehr auch Ungarn in aggressiver Weise seine Revisionsansprüche auf Siebenbürgen erhob. Auf deutsch-italienische Empfehlung sah sich Rumänien gezwungen, mit den Ungarn Verhandlungen aufzunehmen, gleichzeitig versuchte man in Bukarest durch eine Regierungsumbildung (Ernennung von deutschfreundlichen Ministern, darunter auch drei Legionären) sowie durch verschiedene eilige „Reformen“ (antijüdische Gesetze vom 9. 8. 1940) Hals über Kopf die deutsche Gunst zu erwerben. Da die direkten ungarisch-rumänischen Verhandlungen scheiterten, fällten die Achsenmächte im Zweiten Wiener Schiedsspruch (30. 8. 1940) eine Entscheidung, die auf die Abtretung ganz Nordsiebenbürgens an Ungarn hinauslief und deshalb als einseitige Parteimahnahme für die ungarischen Ansprüche gelten mußte. Diese neue territoriale Amputation trieb Rumänien an den Abgrund des Zusammenbruchs und der Revolution und ermöglichte in den folgenden Tagen einen, durch deutsche „Ratschläge“ wesentlich mitbestimmten, Regimewechsel (Ablösung König Carols durch General Antonescu und die Eiserne Garde). Die anschließende Entsendung deutscher Truppen (Heeresmission) nach Rumänien garantierte nicht nur die neue Grenze, sondern auch das künftige Wohlverhalten des neuen „Bundesgenossen“.

Antonescu suchte später, nicht ohne Erfolg, durch besondere Willfährigkeit und „Treue“ (vor allem auf dem russischen Kriegsschauplatz) die Gunst Hitlers allmählich von den Ungarn ab und auf sich zu ziehen. Der Wettstreit der kleinen Verbündeten und Satelliten um den besten Platz an der Sonne der nationalsozialistischen Neuordnung Europas erwies sich zwischen 1940 und 1942 als eine kräftige Beschleunigung der Kollaboration. Im Hinblick auf den starken rumänischen Einsatz drängte z. B. der ungarische Generalstabschef in einer Denkschrift vom August 1941 seine Regierung, sich mit größeren Streitkräften als bisher am Kampf gegen die Sowjetunion zu beteiligen. Er erklärte dabei wörtlich: „Nach dem Kriege werden die Achsenmächte ihre verbündeten Staaten in dem Maße belohnen, wie sie im Krieg teilnahmen.“¹⁰

Zu solcher opportunistischer Komplizenschaft war es schon ein Vierteljahr vorher beim Vorgehen gegen Jugoslawien im April 1941 gekommen. Als Hitler nach dem Putsch des Generals Simović, der die Abdankung des jugoslawischen Prinzregenten und den Sturz der achsenfreundlichen Regierung Cvetković zur Folge hatte, die gewaltsame militärische Intervention beschloß, rechnete er sofort mit der Unterstützung der Nachbarn Jugoslawiens und appellierte unverblümt an ihre territoriale Begehrlichkeit. Außer Italien und Bulgarien beteiligten sich auch die Ungarn an der folgenden Besetzung und staatlichen Auflösung Jugoslawiens, obwohl zwischen Budapest und Belgrad erst wenige Monate vorher ein Pakt „dauernder Freundschaft“ geschlossen worden war. Auch der Protest-Selbstmord des ungarischen Mini-

¹⁰ Vgl. Schreiben des ungarischen Ministerpräsidenten László Bárdossy an den Reichsverweser v. 26. August 1941, in: Horthy Miklos Titkos Iratai (Budapest 1963), Dok. Nr. 59.

sterpräsidenten Pál Teleki (3. 4. 1941), der das Unehrenhafte der beabsichtigten „Leichen-Fledderei“ als persönliche Schmach empfand, blieb vergeblich und vermochte den Reichsverweser und seine Umgebung nicht davon abzuhalten, das Ziel einer Restauration Groß-Ungarns mit Hilfe Hitlers weiter zu verfolgen. Nachfolger Telekis wurde László Bárdossy, dessen Regierungszeit (bis März 1942) außen- und innenpolitisch den Höhepunkt der Kollaboration mit Hitler-Deutschland bedeutete.

In welchem Maße nationalistische Ambitionen und Machtträume nach dem Vorbild des Nationalsozialismus damals die Vorstellungswelt einzelner Repräsentanten der ungarischen Führung beherrschten, dokumentiert die bereits erwähnte Denkschrift des ungarischen Generalstabschefs von Werth vom August 1941. Sie entwickelte nicht nur das Programm einer künftigen „Zurückeroberung unserer tausendjährigen Grenzen“, sondern auch den Plan, alle slawischen, rumänischen und jüdischen Minderheiten aus dem künftigen ungarischen Großraum in das eroberte ukrainische Gebiet östlich des Dnjestr auszusiedeln, um das Becken der Karpathen zu einem „geschlossenen Lebensraum rassereiner Madjaren“ zu machen. Solange Hitlers Erfolg anhielt, erwies sich dergleichen nationalistischer Extremismus seiner Verbündeten und Satelliten als verlässliche Basis der Kollaboration, auch wenn die Regierungen dieser Staaten – wie in Ungarn, Rumänien, Bulgarien – von monarchischen, feudalen, militärischen und klerikalen Führungsschichten getragen wurden und – trotz mancher Übernahme faschistischer Ideologien – gegen die revolutionären faschistischen Bewegungen in ihren Ländern Front machten. Hitler, der vor allem an der Stabilität der Bündnisverhältnisse interessiert war, traute selbst den faschistischen Gruppen in Ungarn und Rumänien mit ihrem radikalen, meist jugendlichen und politisch unerfahrenem Anhang wenig staatspolitische Fähigkeit zu und verließ sich deshalb lieber auf die autoritären Regimes und Diktaturen der traditionellen Führungsschichten. So unterstützten zwar Abgesandte der NSDAP und des Geheimdienstes der SS die ungarischen Pfeilkreuzler unter Franz Szálasi (ebenso wie die Eiserne Garde in Rumänien) und suchten ihnen größeren Einfluß zu verschaffen. Doch Hitler und die offiziellen Vertreter des Reiches ließen es geschehen, daß Horthy und die ungarischen Regierungen mit Polizeiterror und Verhaftungen in den Jahren 1940–1943 jede größere Aktion der Pfeilkreuzler und ungarischen Nationalsozialisten verhinderten.

Auch als es in Rumänien im Januar 1941 zwischen Antonescu und den Legionären der Eisernen Garde zum offenen Konflikt kam und das im September 1940 konstruierte Bündnis zwischen den Legionären und Antonescu zusammenbrach, entschied sich Hitler für Antonescu, ließ durch einen Aufmarsch deutscher Panzer in Bukarest demonstrieren, auf welcher Seite die deutsche Militärmacht stand und riet Antonescu, die Legionäre in gleicher Weise auszuschalten, wie er (Hitler) es 1934 mit der rebellierenden SA-Führung getan habe. Dennoch erhielten über 200 Führer der Legionäre in Deutschland Asyl. Sie wurden jedoch in Ehrenhaft gehalten und an jeder weiteren politischen Tätigkeit gehindert. Erst im August 1944, nach dem Sturz Antonescus und dem raschen Eindringen sowjetischer Truppen nach Rumänien, kamen sie noch einmal zum Zuge und durften unter ihrem Führer

Horia Sima in Wien eine ohnmächtige rumänische Exilregierung unter deutscher Protektion bilden.

Hier wie in anderen Fällen griff man auf die radikalen faschistischen Gruppen erst zurück oder überließ ihnen das Feld, als die bisherigen Partner abgewirtschaftet hatten oder sofern keine andere Gruppe bereit war, die Satellitenrolle gegen die Interessen des eigenen Landes zu übernehmen.

Das wohl sinnfälligste Beispiel hierfür bildete die Entwicklung in Kroatien. Bei der Liquidierung Jugoslawiens suchte die deutsche Führung von Anfang an auch den kroatischen Gegensatz gegenüber Belgrad sowohl militärisch wie politisch ins Spiel zu bringen. In den Tagen zwischen dem Belgrader Putsch (27. März 1941) und dem Beginn der militärischen Operationen (6. April) suchte sie auf verschiedenen Wegen Kontakt mit Dr. Vlado Maček, dem anerkannten politischen Führer und Repräsentanten des kroatischen Volksteils und Präsidenten der Bauernpartei, um ihn für den Plan einer kroatischen Rebellion und Separation zu gewinnen. Maček, der auch als Stellvertretender Ministerpräsident der Regierung Cvetković angehört hatte, und die Mehrheit der kroatischen Bauernpartei gaben sich, trotz ihrer Mißbilligung des Belgrader Putsches und obwohl sie wußten, daß Jugoslawien gegen die deutsche Militärmacht keine Chance hatte, zu solchem offensichtlichen Verrat nicht her. Die deutschen Agenten, vor allem der schon in der Slowakei in ähnlicher Mission tätig gewesene Abgesandte Ribbentrops, Edmund Veesenmayer, sahen sich deshalb gezwungen, statt mit Maček und der Bauernpartei mit den extremen Nationalisten der kroatischen Ustaša zu paktieren. Allein diese radikale Verschwörerorganisation, deren Gesinnungsgenossen in Kroatien eine kleine, wenn auch aktive Minderheit bildeten, war bereit, aus der Konkursmasse Jugoslawiens einen „Unabhängigen Staat Kroatien“ unter dem Protektorat der Achsenmächte zu gründen.

Der nationalistische Haß der Ustaša gegen das Serbentum war eng verzahnt mit einem militanten Katholizismus. Unter ihren Gefolgsleuten waren junge Intellektuelle und Studenten in Zagreb und den kleinen Städten des Landes stark vertreten. Größeren Anhang hatte sie auch unter den Kroaten, in den völkisch und religiös gemischten Gebieten Bosniens, wo der niedere Laien- und Ordens-Klerus (Franziskanerorden) als traditioneller Träger des kroatisch-katholischen Nationalismus die Ustaša vielfach aktiv unterstützte. Infolge der langjährigen Protektion, die Pavelić und einige Hundert seiner ausgebildeten Terroristen im faschistischen Italien genossen, kopierte die Ustascha schon in den 30er Jahren – auch ideologisch – mehr und mehr das Vorbild des Faschismus. In einer für die deutsche Führung bestimmten Denkschrift aus dem Jahre 1936 warb Pavelić offen auch um die „Sympathien Hitler-Deutschlands“ und bezeichnete die kroatische Frage als einen Teil des allgemeinen „Revisionsproblems“. Um sich besonders zu empfehlen, betonte er dabei, daß die Kroaten nicht slawischer, sondern gotischer Abstammung seien und die Ustaša – wie der Nationalsozialismus – eine völkische Bewegung darstelle und neben der Diktatur des Serbentums die zersetzenden Kräfte des Intellektualismus und Demokratismus, die „blutleere“ Idee des Jugoslawismus, die internationale Freimaurerei, das Judentum und den Kommunismus als Hauptfeinde be-

trachte¹¹. Pavelićs damalige Versuche, im nationalsozialistischen Deutschland stärkere Unterstützung zu erhalten, scheiterten aber, da die Reichsregierung ihre aus wirtschaftlichen Gründen gepflegten freundlichen Beziehungen zur jugoslawischen Regierung Stojadinović dadurch nicht gefährden wollte.

Der im April 1941 errichtete „Unabhängige Staat Kroatien“ unter der Diktatur des aus Italien herbeigeeilten „Poglavnik“ Ante Pavelić und seiner berüchtigten Kampforganisation erwies sich binnen kurzem als ein Danaer-Geschenk für die Achsenmächte. Unfähig, wirkliche Autorität in Kroatien zu erlangen, benutzte die Ustaša die gewonnene Macht vor allem, um blutige Rache an den Serben und an kroatischen „Verrätern“ zu nehmen. Massenverfolgung, Zwangsdeportationen und Zwangstaufen der orthodoxen Bevölkerung vor allem in Bosnien, schufen schon im Sommer 1941 chaotische Verhältnisse und trugen erheblich zur Stärkung der serbisch-nationalen und kommunistischen Widerstandsbewegung bei.

Die deutschen militärischen Befehlshaber empfahlen seit Anfang 1942 immer dringlicher, Pavelić und die Ustaša in die Wüste zu schicken, aber Hitler widersprach jedes Mal mit dem Argument, daß es keine andere kroatische Gruppe oder Bewegung gebe, die willens sei, die Leitung des desolaten Staatswesens zu übernehmen. So blieb nichts anderes übrig, als mit der Ustaša bis zum Ende weiter zu wirtschaften. Dabei schrumpfte allerdings die Souveränität der kroatischen Regierung in der zweiten Kriegshälfte auf ein Minimum zusammen. Zwischen 1943 und 1945 unterschied sich Kroatien kaum von einem Besatzungsgebiet. Der einzige Vorteil der Kollaboration mit einer faschistischen Terror-Bewegung vom Schlage Pavelićs lag für Hitler darin, daß sie sich selbst so sehr korrumpiert hatte, daß ihr kein Ausweg blieb, als bis zuletzt durchzuhalten.

Eine andere Satellitenrolle im besetzten Jugoslawien, die sich allerdings vorteilhaft von der Ustaša unterschied, spielte die kommissarische serbische Regierung, die in Belgrad als landeseigenes Hilfsorgan des deutschen Militärbefehlshabers vor allem zur Bekämpfung der kommunistischen Partisanen zugelassen worden war. Um die serbische Polizei in den Dienst der Besatzungsmacht zu stellen, bediente sich die deutsche Militärverwaltung zunächst vor allem des kommissarischen Innenministers Milan Aćimović, der schon unter Stojadinović jugoslawischer Innenminister gewesen war, sowie des Belgrader Bürgermeisters und Polizeipräsidenten Dragi Jovanović. Beide hatten schon vor dem Kriege mit der deutschen Sicherheitspolizei zusammengearbeitet, galten als „absolut zuverlässige“ Freunde Deutschlands und kompromißlose Gegner des Kommunismus. Um das Prestige dieser serbischen Exekutive unter deutschem Oberbefehl nach außen zu stärken, wurde Ende August 1941 der ehemalige jugoslawische Kriegsminister Generaloberst Milan Nedić an ihre Spitze gestellt. Nedić erschien den deutschen Dienststellen in Belgrad als „die einzig starke Persönlichkeit, die zur Verfügung“ stand, und als „energischer Feind des Kommunismus“¹².

¹¹ Einzelheiten bei Ladislaus Hory/Martin Broszat, *Der kroatische Ustascha-Staat 1941 bis 1945*, Stuttgart 1964.

¹² Bericht des Zivilverwaltungschefs Turner v. 16. 2. 1942, Akten Pers. Stab RFSS, Mikrofilm Inst. f. Zeitgeschichte MA 528, Bl. 651814ff.

Man hoffte, daß es ihm gelingen würde, alle antikommunistischen Elemente Serbiens hinter sich zu vereinigen und gegen die wachsende Tätigkeit der Tito-Partisanen zu mobilisieren.

Der Antikommunismus bildete in Rest-Serbien von Anfang an die stärkste Grundlage der Kollaboration mit der Besatzungsmacht. Nedić fand dabei u. a. auch die Gefolgschaft der sogenannten Zbor-Bewegung, einer serbisch-völkischen Erneuerungsbewegung, die der ehemalige Minister König Alexanders, Dimitrije Ljotić, nach der Ermordung Alexanders gegründet hatte. Zu ihren Anhängern und Freischaren gehörten vor allem nationalgesinnte Studenten. Mit ihrem religiös-politischen Mystizismus, ihren antiliberalen, ständestaatlichen, antisemitischen und antikommunistischen Ideen hatte die Zbor-Bewegung manche Verwandtschaft mit der Eisernen Garde, war aber weit weniger als diese eine terroristische Verschwörerorganisation. Es war bezeichnend, daß zwischen dem serbischen Erneuerer Ljotić und dem Ustašaführer Pavelić der denkbar stärkste Gegensatz herrschte. In einer Ansprache im Belgrader Rundfunk bezeichnete Ljotić im August 1941 die Ustašaführer als „Furien aus der Unterwelt“, die „schamlos und gottlos Verwüstung unter den Serben“ anrichteten. Ein Zusammengehen zwischen serbisch-nationaler Erneuerungsbewegung und der faschistischen kroatischen Ustaša erwies sich als undurchführbar und konnte selbst von der deutschen Besatzungsmacht zum Zweck des gemeinsamen Kampfes gegen die kommunistischen Partisanen nicht durchgesetzt werden.

Hier zeigte sich deutlich, daß die von der nationalsozialistischen Führung in die Wege geleitete Zusammenarbeit mit den jeweils extremen nationalistischen Kräften der einzelnen Regionen und Nationalitäten keinerlei Fundament für eine stabile Neuordnung bot, sondern letzten Endes einen zerstörerischen Prozeß der nationalen Aufspaltung und gegenseitigen erbitterten Kampfes auslöste, der im besetzten Jugoslawien zum permanenten blutigen Bürgerkrieg zwischen katholischen Kroaten, orthodoxen Serben und muslimischen Bosniaken führte. Umgekehrt war der Erfolg der Tito-Partisanen wesentlich darin begründet, daß sie sich nicht mit einer bestimmten Nationalität identifizierten und daher zum Sammelbecken der Unzufriedenen und Verfolgten aus allen Nationalitäten Jugoslawiens wurden.

Die Benutzung kleiner faschistischer Gruppen als Kollaborationspartner bildete während des Zweiten Weltkrieges auch in anderen Gegenden die ultima ratio deutscher Besatzungspolitik. Ein Beispiel dafür ist Litauen, das nach einjähriger sowjetischer Herrschaft im Sommer 1941 von deutschen Truppen besetzt aber – ebenso wie Lettland und Estland – seine nationalstaatliche Souveränität nicht zurückerhielt, sondern der Verwaltung des deutschen Reichskommissars für das Ostland (Gauleiter Hinrich Lohse) unterstellt wurde. Litauische antikommunistische Partisanen und Offiziere hatten unmittelbar nach Beginn des deutschen Angriffs (22. 6. 1941) in geheimem Kontakt mit dem deutschen militärischen Nachrichtendienst durch örtliche Aufstände selbst zur Befreiung von sowjetischen Truppen beigetragen¹³. Noch vor der Ankunft der deutschen Wehrmacht bildeten sich in Kowno

¹³ Vgl. dazu die Einsatzgruppen-Berichte des Chefs d. Sicherheitspolizei und SD (Photokopien im Inst. f. Zeitgesch.).

und Wilna provisorische litauische Nationalkomitees und Behörden, die vor allem von der populären katholisch-nationalen Aktivistengruppe getragen wurde. Zum Chef einer nationalen litauischen Regierung wurde der ehemalige litauische Gesandte in Berlin, Oberst Skirpa ausgerufen, der 1940 in Deutschland Zuflucht gesucht hatte. Die deutsche Führung begrüßte zwar die Mithilfe litauischer Partisanen bei der Vertreibung der Roten Armee, und die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei suchten, nicht ohne Erfolg, die litauischen nationalen Freischärler und Selbstschutzverbände auch für antisemitische Pogrome in Kowno und Wilna einzusetzen; sie mißbilligten aber entschieden die Proklamation einer litauischen Nationalregierung, die dem deutschen Expansions- und Ost-Siedlungsprogramm widersprach. Skirpa erhielt in Berlin Hausarrest und sein Statthalter in Kowno, Professor Ambrazevicius, ein prominenter Führer der litauischen Christlichen Demokraten, wurde vom deutschen Stadtkommissar in Kowno zur Auflösung der provisorischen litauischen Regierung gezwungen (Juli 1941). Anschließend erfolgte die Einsetzung eines deutschen Generalkommissars in Litauen (Dr. v. Rentelen), dem ein litauischer General als Spitze der landeseigenen Verwaltung ohne selbständige politische Befugnis beigeordnet werden sollte. Daraufhin zog sich die Mehrzahl der katholischen Aktivisten, die die stärkste Gruppe innerhalb des litauischen nationalen Lagers bildeten, enttäuscht von weiterer Mitarbeit mit den Deutschen zurück. Aus ihnen ging später die nationale Untergrund-Opposition hervor, die zum passiven Widerstand aufrief. Der junge Aktivistenführer Leones Prapuolinis wurde bereits im September 1941 von der deutschen Sicherheitspolizei verhaftet. – Nachdem auch der ehemalige Oberbefehlshaber der litauischen Armee, General Raštikis, der aus deutschem Exil nach Litauen zurückkehrte, es abgelehnt hatte, den Vorsitz des Generalrates zu übernehmen, kam für eine aktive Kollaboration bei so weitgehender Bevormundung der litauischen Interessen schließlich fast nur noch die Gruppe der sogenannten Woldemaras-Anhänger in Frage. Die Mittelsmänner des deutschen SD (Sicherheitsdienst der SS) berichteten schon Ende Juli 1941 aus Litauen: „Bedingungsloses Einverständnis mit jeder von Deutschland angeordneten Form“ der Zusammenarbeit sei „im wesentlichen nur aus Woldemaras-Kreisen und aus der unpolitischen Land- und Kleinstadtbevölkerung zu erwarten“¹⁴. Über Wilna heißt es in einem Bericht vom 28. 7. 1941:

„Die aktiven Kräfte [der litauischen Nationalbewegung] sind zur Aktivistengruppe übergegangen. In der Universität . . . besteht Spannung zwischen faschistischen und katholischen Gruppen. Faschistische Gruppen sind in der Minderzahl.“¹⁵

Woldemaras Anhänger bildeten schließlich die Mehrheit des litauischen Generalrates, der im August 1941 unter Leitung des ehemaligen Generalstabschefs General Peter Kubiliunas gebildet wurde und der sich im ganzen als ein folgsames Instrument der deutschen Oberhoheit erwies, dabei aber zunehmend an Autorität bei der litauischen Bevölkerung verlor. Einzelne seiner Mitglieder (Prof. Jurgutis, Oberst Narakas), die gegen die ihnen zugemuteten Aufgaben, insbesondere die

¹⁴ Nürnberg. Dok. NO-2950.

¹⁵ Nürnberg. Dok. NO-2953.

Rekrutierung litauischer Arbeitskräfte für das Reich und litauischer SS-Hilfstruppen, Widerstand erhoben, wurden später ebenso wie einige Hunderte oppositioneller litauischer Aktivisten verhaftet und in das Konzentrationslager Stutthof bei Danzig oder das Lager Salaspils bei Riga eingewiesen, darunter auch der Kommandeur der litauischen Hilfstruppen, General Plechavičius.

Insbesondere in der zweiten Kriegshälfte kam es in den besetzten Ländern und bei den Satelliten des Deutschen Reiches zu einem raschen Verschleiß der kollaborationsbereiten Gruppen. Das moralische und politische Niveau derer, die noch bereit waren, verantwortliche Stellungen angesichts der sich abzeichnenden militärischen Katastrophe einzunehmen, sank 1943/44 rapide.

Das beleuchtet besonders deutlich der mehrfache Regimewechsel, zu dem es 1944 in Ungarn kam, das unter dem Ministerpräsidenten Kállay (März 1942–März 1944) auf eine Politik der Verteidigung ungarischer Selbständigkeit und größerer Zurückhaltung gegenüber Deutschland umgeschwenkt war. Da manche Anzeichen dafür sprachen, daß Ungarn nach dem Vorbild Italiens aus der gemeinsamen Kampffront auszuschneiden beabsichtigte, beschloß Hitler, der schon 1943 den Kurs der Regierung Kállay heftig kritisiert hatte, im März 1944 durch die Entsendung deutscher Truppen der ungarischen Eigenwilligkeit ein Ende zu machen. Unmittelbar vor der beabsichtigten Aktion wurde Reichsverweser v. Horthy zu einer Besprechung mit Hitler nach Schloß Kleßheim bei Salzburg gebeten und – ähnlich wie fünf Jahre vorher der tschechische Staatspräsident Hacha – vor die vollendete Tatsache der befohlenen Besetzung seines Landes gestellt und (zur Verhinderung jedes ungarischen Widerstandes) unter Drohungen veranlaßt, öffentlich sein Einverständnis damit zu erklären.

Die maßgebliche Entscheidungsgewalt ging nach der Stationierung deutscher Truppen in Ungarn (19. 3. 44) an den Bevollmächtigten Gesandten des Deutschen Reiches in Budapest (Dr. Edmund Veessenmayer) und die gleichzeitig in Budapest eingesetzten deutschen SS- und Polizeidienststellen über. Nachdem Kállay und einige besonders mißliebige Mitglieder seiner Regierung verhaftet worden waren, wurde unter Leitung des ehemaligen ungarischen Gesandten in Berlin, Döme Sztójay, ein willfähiges Kollaborationskabinett aus besonders deutschfreundlichen Politikern (darunter die ehemaligen Ministerpräsidenten Imredy und Bardossy) gebildet. Da jetzt endlich auch die ungarischen Juden in das Programm der „Endlösung“ einbezogen werden sollten, hatte man von deutscher Seite u. a. dafür gesorgt, daß tatkräftige Antisemiten an die Spitze des ungarischen Innenministeriums gelangten (Innenminister Jaross, die Staatssekretäre Baky und Endre). Mit ihrer Hilfe sind bis zum August 1944 rd. eine halbe Million Juden aus Ungarn zunächst in Ghettos und Lager zusammengetrieben und ab Mai 1944 in zahlreichen Massentransporten nach Auschwitz deportiert worden, wo die Mehrzahl von ihnen vernichtet und einige Zehntausende der deutschen Rüstungsindustrie als Zwangsarbeiter zugeführt wurden.

Diese Massendeportationen wie überhaupt die Selbstherrlichkeit der deutschen Sicherheitspolizei in Ungarn trugen wesentlich dazu bei, daß Horthy, der formell

weiterhin Staatsoberhaupt geblieben war, Ende August 1944 durch die Einsetzung einer neuen, ihm persönlich ergebenen Regierung unter General Lakatos einen letzten Versuch machte, die politische Selbständigkeit wiederzugewinnen.

Dieser Akt und die von Horthy gleichzeitig insgeheim angesponnenen Fäden zu den Westmächten führten auf deutscher Seite zu dem von der SS schon länger empfohlenen Entschluß, den Reichsverweser gewaltsam auszuschalten und eine Regierung der ungarischen Pfeilkreuzler an die Macht zu bringen. Ein vom Stab des Höheren SS- und Polizeiführers in Budapest (Otto Winkelmann) im Einvernehmen mit dem Pfeilkreuzler-Führer, Major a. D. Franz Szálasi, genau vorbereiteter Staatsstreich („Unternehmen Panzerfaust“), bei dem der Mussolini-Befreier Skorzeny ein wichtiges Kommando übernahm, wurde am 15. Oktober 1944 in die Wege geleitet. Nach kurzem Kampf war die Burg von deutschen Panzern umstellt. Horthy willigte in die erzwungene Abdankung ein und verlebte den Rest des Krieges in Ehrenhaft in Deutschland. Der politische Phantast und Fanatiker Franz Szálasi, der sich durch seine wiederholte Märtyrer-Rolle in ungarischen Gefängnissen unter den Führern der verschiedenen faschistischen und nationalsozialistischen Gruppen am meisten hervorgetan hatte, wurde zum „Führer der Nation“ proklamiert. Die Organisation der Pfeilkreuzler mit ihrem überwiegend kleinbürgerlichen Anhang konnte sich jedoch nur kurze Zeit der Macht erfreuen. Schon wenige Wochen nach der Vereidigung Szálasis erreichten sowjetische Truppen Budapest, am 27. Dezember 1944 war die Einschließung der Hauptstadt beendet. Die Szálasi-Regierung verlegte ihren Sitz bereits im November nach Ödenburg (Sopron) in Westungarn. Im Kriegszustand der letzten Monate führte sie neben deutschen Truppenkommandeuren nur noch ein Schattendasein, das ihr allerdings gestattete, noch einige Todesurteile gegen ungarische „Verräter“ zu vollstrecken. Die Szálasi-Regierung war im wahrsten Sinne des Wortes ein Liquidations-Regime.

Die faschistischen Bewegungen in Ostmitteleuropa und Hitlers zeitweiliges Zweckmäßigkeit Bündnis mit ihnen, erwiesen sich wahrlich nicht als fähig, eine stabilere Entwicklung und eine echte Neuordnung der nationalen, politischen und sozialen Verhältnisse in die Wege zu leiten. Die starke Anfälligkeit für faschistische Ideologien und Methoden war aber symptomatisch für das Ausmaß der ostmitteleuropäischen „Strukturkrise“ (W. Conze) zwischen den Weltkriegen. Vor dem Hintergrund dieser Krise, deren Kernproblem die nicht bewältigte nationale und soziale Emanzipation darstellte, wird letzten Endes auch Fortschritt oder Rückschritt, Erfolg oder Mißerfolg der *kommunistischen* „Neuordnung“ Ostmitteleuropas zu bewerten sein.